A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennig = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend.
8. März 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88. Telegramm-Adresse: Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,25 Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 15. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Bezahlung. Anzeigenpreis 0,70 Goldmark für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagen anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

8 S 3a

Nr. 116
63. Jahrgang.

150 Milliarden

Die Kontrollnote.

Wie der amerikanische General T. Allen in seinem Buch „My Rhineland Journal" unter dem 24. 4. 1922 schreibt, hätte General Nollet schon damals Anlaße der deutschen Entwaffnung anerkannt. Auch die frühere englische Regierung hatte im Unterhaus erklären lassen, daß die Entwaffnung Deutschlands gemäß den Vorschriften des Versailler Diktats als durchgeführt betrachtet werden müsse. Deutschland ist längst entwaffnet und abgerüstet. Nach dem Versailler Diktat mußte also schon damals die Tätigkeit der Kontrollkommission aufhören.

In der Note der Botschafterkonferenz vom 29. 9. 1922 lauchte der schon in der Note vom 24. 4. 1922 erwähnte Plan der Ersetzung der Kontrollkommission durch ein kleineres Komitee wieder auf, aber unter Verquickung mit folgenden fünf Bedingungen:

1. Die Umwandlung von Munitionsfabriken für Friedensprodukte ist in kurzer Zeit zu vollenden.
2. Die Ablieferung von Kriegsmaterial ist vollständig durchzuführen.
3. Eine vollständige Statistik über das Kriegsmaterial, das in Deutschland vorhanden ist, ist aufzustellen. Einfuhr und Ausfuhr von Waffen von und nach Deutschland ist zu verhindern.
4. Die „Entmilitarisierung" der Polizei ist durchzuführen.
5. Den Kontrollorganen ist die Möglichkeit zu geben, ihre Tätigkeit ohne jede Behinderung auszuüben.

In der Note vom 9. Januar 1924 erklärte die deutsche Regierung, daß sie an der Durchführung dieser von der Botschafterkonferenz als noch nicht gelöst angesehenen fünf Aufgaben mitzuwirken bereit sei. Die Lösung dieser Aufgaben erfordern aber keine Besuche bei militärischen Stellen. Abgesehen von diesen Aufgaben sei alles, was der fünfte Teil des Versailler Instrumentes an Abrüstungsforderungen enthält, längst erfüllt. Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliege nach Artikel 213 des Versailler Instrumentes nicht dauernder Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen vom Rate des Völkerbundes angeordneten Spezialuntersuchung.

Das ist der rechtliche Standpunkt, auf dem das deutsche Reich noch wie vor steht und stehen muß. Was die Botschafterkonferenz jetzt und erneut zumuten zu können glaubt, ist nicht nur ein Bruch des Versailler Instrumentes, sondern geht weiter über dessen Forderungen hinaus. Es bedeutet die dauernde Verfassung des deutschen Volkes, zu der der Leiter der jetzigen englischen Regierung, der Arbeiterführer Mac Donald, Anlaß gegeben hat, indem er sich über die Unterbaserklärung der früheren englischen Regierung, daß Deutschland entwaffnet sei, hinwegsetzte.

*

Der Wortlaut der Note befindet sich auf der zweiten Seite dieser Ausgabe.

Theunis stößt auf Schwierigkeiten

Paris, 8. 3. (B. T. B.)

Nach Blättermeldungen aus Brüssel ist die Kabinettsbildung durch Theunis auf Schwierigkeiten gestoßen. Theunis wurde gestern zweimal vom König empfangen. Er hat, wie der „Matin" meldet, seine Verhandlungen vorläufig abgebrochen. Man führt dies auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Verteilung der Portefeuilles zurück. Der Führer der Liberalen, Hymans, soll als Außenminister überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Als Nachfolger Jaspars wird jetzt der ehemalige Ministerpräsident Carton de Wiart genannt.

Die Sachverständigen.

Paris, 8. 3. Die Unterkommission für Bankfragen wird wahrscheinlich am Montag Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Frage der Schaffung einer Goldnotenbank anhören.

Die Unterkommission für Budgetfragen hat in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung ihre Arbeiten so gut wie beendet und wird Montag nächster Woche einen Zwischenbericht über die Budgetfragen ausarbeiten.

Der zweite Sachverständigenausschuß wird seine offiziellen Sitzungen am 17. März wieder aufnehmen. Es ist bemerkenswahrscheinlich, daß die Berichte der beiden Ausschüsse kaum vor dem 23. März der Reparationskommission zugestellt werden können.

Der Konferenzplan.

London, 8. 3. Im Anschluß an die Unterhauserklärung Lloyd Georges, der auf eine internationale Konferenz im kommenden April anspielte, ist in politischen Kreisen die Ansicht verbreitet, daß die Alliierten sich vielleicht über eine derartige Konferenz geeinigt hätten. In Regierungskreisen äußert man hierzu, daß Lloyd George eine sehr wahrscheinliche Hypothese aufgestellt habe. Man ist in der Tat in den alliierten Hauptstädten über die Notwendigkeit einer Konferenz einig, die in dem Augenblick stattfinden müsse, wenn die Regierungen der Sachverständigenberichte geprüft hätten. Dies sei wahrscheinlich im April der Fall.

Neuer englischer Pfalzschritt.

London, 8. 3. (W. T. B.) **Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Botschafter Lord Crewe bei Poincaré Erkundigung einzog bezüglich der fortdauernden Unruhestifter kleinerer separatistischer Gruppen in der Pfalz, der Anwendung der Amnestie auf beide Teile, der Rückkehr der vormaligen Beamten und wegen der Frage der weiteren Behauptungen, die in Paris in Abrede gestellt werden.**

Berliner Kurse vom 8. 3.:

Dollar, unverändert, Zuteilung 1 %
Pfund: ℳ 18,5 Bill, Zuteilung 2 %

Dr. Schacht berichtet über seine Goldnotenbank.

Gesamthapital 500 Millionen Goldmark.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Frage der Goldkreditbank erörtert. Der Vorsitzende teilte mit, daß zur Stunde noch kein Gesetzentwurf vorliege. Es müsse daher dem Reichsbankpräsidenten überlassen bleiben, die Frage zur Erörterung zu bringen. Darauf führte Reichsbankpräsident Dr. Schacht folgendes aus:

Die ganzen Beratungen der Frage der Goldkreditbank werden sich vielleicht etwas eilig zusammendrängen. Ich glaube aber, daß das erforderlich ist, schon angesichts der Lage des Reichshaushalts und der ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage, die sich auf den Verhandlungen über den Organstand unserer heutigen Besprechung erschwert hat.

Eine Wiederherstellung einer wirklichen Goldwährung in Deutschland ist selbstverständlich nicht möglich solange nicht der ganze große Fragenkomplex gelöst ist, der sich um das Thema der Reparationen wendet. Ich möchte aber niemals bei meinen Plänen irgendwelchen Gedanken verfolgt. Deutschland eine Goldwährung aus eigener Kraft zurückzugeben, bevor nicht dieser Fragenkomplex geordnet sei.

Ich darf Ihnen vielleicht hilfsweise beschreiben, die Dinge stehen sind und bisher unmöglich herbeiführen, daß ich mich in die zahlreichen Pressekonferenzen nicht einmischt habe, weil in Form Gerüchtemacherei häufig durchwandert gebracht wurden meine Wünsche und Bestrebungen, die sich auf den Verhandlungen der Experten-Kommission in Paris ergeben haben.

Ich habe immer nur den Gedanken verfolgt, ein Goldkapital der deutschen Wirtschaft zuzuführen. Ich habe geglaubt, daß die

Herauziehung ausländischen Kapitals

in der Form einer Bank am besten möglich sei, und ich kann mich darauf berufen, daß bisher alle anderen Versuche, ausländisches Kapital in die deutsche Wirtschaft hineinzuziehen, abgesehen von den privaten Krediten, die bisher der jener Privatbetriebe vom Ausland bekommen hat. Dagegen war es durchaus möglich, nach meiner Auffassung, in der Form einer Bank, deren Goldkapital sicher im Ausland angelegt werden könnte, und wo jeder jeden Sitz erschaffen zu sein, dieses Kapital herauszuziehen und es dann in der deutschen Wirtschaft arbeiten zu lassen.

Der Reichsbankpräsident geht dann auf seine Verhandlungen in London und seine Besprechungen mit den Sachverständigen-Ausschüssen näher ein. Er bemerkt, daß die Aufgabe des Sachverständigen-Ausschusses sich nicht etwa darauf beschränkt habe, die deutsche Leistungsfähigkeit abzuschätzen, sondern daß das Komitee ausdrücklich von der Reparationskommission die Aufgabe erhalten hatte, die Stabilisierung der deutschen Währung zu studieren und Vorschläge für die Stabilisierung der deutschen Währung zu machen.

Die Ergebnisse des Experten-Komitees lassen selbstverständlich in einer ganz anderen Richtung als meine. Der Ausschuß wollte die definitive Goldwährung in Deutschland schaffen, und zwar, um die Herausziehung deutscher Gutbaben für Reparationszwecke aus Deutschland auf eine valutarische gesicherte Basis zu stellen. Aus diesem Gedankengang heraus haben die Experten meinen Plänen gegenüber stets bedenken geäußert, daß meine Pläne ihre Pläne präjudizieren und hindern könnte. Ich habe mich bemüht, immer bereitlich zu machen, daß das in keiner Weise der Fall sein würde, die Verhandlungen hierüber haben schließlich zu einer Reihe von Stipulierungen geführt, die ich Ihnen ganz kurz wiederzugeben möchte.

Sie gehen im wesentlichen dahin, daß der

Umfang der Bank

in einem gewissen Ausmaß zeitmäßig begrenzt wird, und zwar dahin, daß das Kapital auf 200 Millionen Goldmark begrenzt werden soll und das Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen Mark. Die Reichsbank wird neu dem Kapital von 200 Millionen Mark den Betrag von 100 Millionen Mark selbst übernehmen und wird damit — sie wird von den übrigen 100 Millionen sich noch eine Aktie dazu erwerben — die Majorität des Kapitals bewerben behalten, so lange diese Goldbankbank besteht. Es wird statutarisch vorgesehen werden, daß diese Majorität genügt, um alle erforderliche Kontrolle über die Bank auszuüben. Ferner wird hier einfachen Majorität statutarisch das Recht gegeben, auch die Bank wieder zu liquidieren, so daß die Reichsbank es jederzeit in der Hand hat, die Goldbankbank wieder zu liquidieren.

Es ist vorgesehen, daß im Falle einer Liquidation das Vermögen in ungeteilter Weise den Aktionären zugeteilt wird. Es ist ferner vorgesehen, und zwar lediglich in Form einer Option, daß sollte irgendeine definitive Goldwährung einmal eintreten, die Reichsbank oder auf der Reichsbank oder in einer anderen Form geschaffen werden, dann die Aktionäre der Goldbankbank das Recht haben, Aktien der definitiven Währungsbank zu Pari zu zeichnen, so daß die Kontinuität für die keine Rede bedeutet, Goldbankbank, daß die Aktionäre